



CASTOR-EINSATZ

„Einsatztage werden mir noch Jahre in guter Erinnerung bleiben!“

Vier schleswig-holsteinische Polizisten schildern ihre Eindrücke vom „Castor-Einsatz“
Von Thomas Gründemann

Gorleben/tgr – Es war der 13. und vermeintlich letzte Atommülltransport von La Hague ins niedersächsische Gorleben. Zu den 20 000 Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien und der Bundespolizei, die zur Sicherung des umstrittenen Transports eingesetzt waren, gehörten auch rund 400 Einsatzkräfte aus Schleswig-Holstein. Und der Einsatz erwies sich als eine der härtesten Konfrontationen zwischen den Sicherheitskräften und gewaltbereiten Autonomen seit Beginn der Transporte 1979. Und eine umfassende und detaillierte Berichterstattung erfolgte durch die Medien.

Nach Rückkehr der Einsatzkräfte zog der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow Bilanz. Der Castor-Einsatz 2011 habe sich deutlich von den bisherigen Einsätzen der Vorjahre unterschieden. „Vor allem die Gewaltsteigerung ist Besorgnis erregend“, zeigte sich Malchow gegenüber der Presse betroffen.

„Allein bei der Einsatzhundertschaft in Eutin seien 23 Polizeibeamte durch Steinwürfe, eingesetzte Zwillen, aber auch andere Wurfgeschosse wie Flaschen und Ähnliches verletzt worden“, fasste der GdP-Landesvorsitzende zusammen. Diese Straftäter dürften sich nicht auf den Schutz des Versammlungsrechts berufen, noch sich dahinter verstecken.

Die Beamtinnen und Beamten, auch die schleswig-holsteinischen Einsatzkräfte, hätten am Rande der körperlichen Erschöpfung gestanden. Allein durch das Wegtragen von Sitzblockierern seien die Polizeikräfte in eine nahezu unenschliche physische und psychische Belastung gebracht worden. „Wenn dazu noch Pyrotechnik, Steine, Zwillen und oder mit Schrauben versetzte Golfbälle als lebensgefährliche Wurfgeschosse auf die Beamten niedergehen, kann nicht von einem hohen Aggressionspotenzial der Polizei gesprochen werden. Das ist schlichtweg Unsinn und verdreht die Tatsachen“, wies Oliver Malchow eine entsprechende Behauptung der Umweltinitiative Lüchow-Dannenberg zurück. Der GdP-

Landesvorsitzende betonte, dass auch Polizeibeamte ein Recht auf körperliche Unversehrtheit hätten. „Die Polizei hat sich nicht für oder gegen das Atomlager in Gorleben entschieden, sondern das grundgesetzlich verbrieft Demonstrationsrecht zu schützen und zu wahren. Deshalb ist es nicht hinzunehmen, dass die Beamten immer öfter Zielscheibe brutaler Attacken werden.“ Seit 1979 würden Demonstrationen rund um Gorleben polizeilich geschützt. Es sei beschämend, dass die Politik bis heute nicht in der Lage war, diesen Konflikt beizulegen. „Die Polizei kann nicht der ‚Ausputzer‘ politischer Entscheidungsschwächen sein“, machte Oliver Malchow deutlich.

Neben der Dauer und den äußeren Rahmenbedingungen des mehrtägigen Einsatzes waren es vor allem die gewaltbereiten Castor-Gegner, die auch die rund um die Uhr eingesetzten schleswig-holsteinischen Polizeikräfte physisch wie psychisch vor besonders große und gefährliche Herausforderungen stellten.

Wie erging es Einsatzkräften?

Aber wie ist es unseren eingesetzten Kolleginnen und Kollegen im Wendland real ergangen? Wie haben sie den Einsatz empfunden und weggesteckt? GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann befragte Ulf Witt, den Chef der Eutiner Einsatzhundertschaft, Jürgen Herdes, Leiter der BFE-Einheit der Einsatzhundertschaft sowie Nina Urban und Rafael Hopp, zwei Einsatzkräfte.

Der 13. Castor-Einsatz habe sich von Beginn an anders gestaltet als die Einsätze in den Jahren zuvor, berichtet Ulf Witt. Nicht nur der späte Zeitpunkt, sondern auch die milden Temperaturen seien für die schleswig-holsteinischen Einsatzkräfte neu gewesen. Und sogar der 1. Advent habe im Einsatz verlebt werden „dürfen“, so Witt. „Die wichtigste Veränderung aber war für uns alle die Tatsache, dass die PD AFB komplett mit

Führungsstab und allen drei Hundertschaften ausrückte“, erklärt der Polizeidirektor. Die Führungsgruppe hatte nach Angaben Ulf Witts im Kernabschnitt „Göhrde“ den wichtigen Unterabschnitt „Ost“ zu führen und insofern in der Vorbereitung viel zu tun. Hierbei seien diese von der Planungs- und Führungsgruppe des LPA unterstützt worden. „Da dies der letzte Transport hochradioaktiver Abfälle aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague war, und zudem der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache ist, konnte man von einem weit geringerem Protestpotenzial



Ulf Witt

als bei vergangenen Transporten ausgehen. Diese Annahme erwies sich aber schnell als trügerisch“, konstatiert der erfahrene Hundertschaftsführer. Die Anti-Atom-Bewegung habe es geschafft, mit Blockadeaktionen die Fahrzeit auf fünf Tage und sechs Stunden so lange wie nie zuvor auszudehnen. Und die Widerstandspalette habe auch dieses Mal von friedlicher Demonstration bis zu exzessiver Gewaltanwendung durch autonome Gruppierungen gereicht. Ulf Witt berichtet weiter: Die Absicht der Einsatzleitung, die Dienstzeiten gegenüber dem Castor-Einsatz 2010 auf ein erträgliches Maß abzusenken, sei nur teilweise gelungen. Aufgrund der Massenblockaden,

Fortsetzung auf Seite 2



CASTOR-EINSATZ

Fortsetzung von Seite 1

insbesondere im Gleisabschnitt Harlingen, hätten sich die polizeilichen Maßnahmen erheblich in die Länge gezogen und ein Herauslösen der Kräfte sei kaum möglich gewesen. „Mehr als 3000 Personen von den Schienen zu transportieren, ist nun mal keine Sache, die in wenigen Stunden zu bewerkstelligen ist.“

Einsatzkräfte wurden mit massiver Gewalt konfrontiert

Die Einsatzkräfte der 1. Einsatzhundertschaft wurden darüber hinaus auch mit massiver Gewalt konfrontiert. Aus dem Camp Metzgingen heraus, seit Jahren bekannt als Standort und Rückzugsmöglichkeit autonomer Gruppierungen, wurden am Freitagabend auf der B 216 vorbeifahrende Polizeifahrzeuge mit Stei-

nen und anderen Wurfgeschossen angegriffen“, berichtet der 55-Jährige. Die 1. Einsatzhundertschaft sei zur Unterstützung dort hinbeordert und auch sofort attackiert worden. „Wir trafen auf viele Vermummte, die uns sofort mit Steinen und Böllern bewarfen, so dass ein Vorge-



Jürgen Herdes

hen mit schwerem Gerät wie Wasserwerfern und Sonderwagen notwendig wurde.“

Ein mehrere Stunden dauernder Einsatz mit mehr als 20 verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten sowie diversen Schäden an Fahrzeugen und Führungsmitteln habe erst am Samstagmorgen gegen drei Uhr ein Ende gefunden, ein Einsatzbeamter hatte durch einen Steinwurf einen Handbruch erlitten. Und Ulf Witt zieht nach dem insgesamt sechstägigen Einsatz ein ernüchterndes Fazit: „Wenn auch in diesem Jahr insgesamt möglicherweise weniger Demonstranten den Weg in die Gohrde gefunden haben, hat das Maß an Gewaltbereitschaft durch Autonome jedoch eine neue Qualität erreicht“, so der Chef von 216 Beamtinnen und Beamten.

Solche prekären Einsatzsituationen erforderten aber gut ausgebildete und engagierte Einsatzkräfte. „Deshalb müssen wir auch zukünftig für eine effiziente Aus- und Fortbildung sowie zeitgemäße und zuverlässige Führungs- und Einsatzmittel sorgen, um den hohen Standard zu halten, für den unsere 1. Einsatzhundertschaft im norddeutschen Raum und darüber hinaus bekannt ist“, unterstreicht Ulf Witt. Auch wenn alle Einsatzkräfte der 1. Einsatzhundertschaft froh seien, dass dies zunächst der letzte Castor-Einsatz aus Frankreich nach Deutschland war, stelle sich die Frage, was aber sei, wenn die Transporte aus Sellafeld/GB anstehen. „Dann werden wohl wieder die Vorbereitungen für den nächsten Castor-Einsatz getroffen werden müssen“, zeigt sich der Hundertschaftsführer realistisch.

Verleumdung der Polizei aus politischem Kalkül

Als anmaßend und arrogant gegenüber allen beim Castor-Transport eingesetzten Kräften bezeichnet er die unfassbaren Äußerungen der Grünen-Chefin Claudia Roth, die den Polizeieinsatz als „überzogen“ und „einen Schlag ins Gesicht der Demokratie“ bezeichnete. Aus reinem politischen Kalkül und wahltaktischen Erwägungen würden hier tausende Polizeibeamtinnen und -beamte verleumdet, ohne die möglicherweise verheerenden Folgen zu bedenken. Letztlich setzten Polizeibeamte in diesem Einsatz lediglich Beschlüsse um. Niemand werde sich objektiver und gerechtfertigter Kritik verschließen, dass aber gerade die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die Demokratie gefährden sollen, zeige, dass sich manch politisch Verantwortlicher offenbar bereits weit von der Basis entfernt habe.

Auf verschiedene Castor-Einsätze kann auch Jürgen Herdes zurückblicken.

Seit 14 Jahren fahre er nun schon zum Castor. Und jedes Mal sei es anders. „Mal ist es die hohe Gewaltbereitschaft einzelner ‚Demonstranten‘, mal stimmten die Möglichkeiten der Versorgung bzw. Entsorgung nicht, mal sind es die 30-Stunden-Schichten, mal brennt ein Sonderwagen. Man kann sich da nie wirklich sicher sein“, resümiert der erfahrene Chef der BFE-Einheit. Sicher sei aber: „Irgendwas ist ja immer!“

Auch bei diesem Castor-Transport gab es wieder eine „nicht zu verhindernde“ Sitzblockade von über 3000 „friedlichen Demonstranten“. Sie hätten ihren „zivilen Ungehorsam“ mit den Worten: „Ich habe ein Recht darauf, von der Schiene getragen zu werden!“, zum Ausdruck gebracht.

„Dass diese dann auch noch zufällig 20-Kilo-Hantelscheiben in ihren Rucksäcken verstaut hatten, lag wahrscheinlich daran, dass sie gerade aus dem Fitness-Studio kamen“, stellt Herdes ironisch fest. Und die Presse habe jede Aktion der Polizei immer hautnah begleitet.

Wer schützt die Menschenwürde von Polizisten?

Bei den Gedanken an seine belasteten Kolleginnen und Kollegen zeigt sich der 43-Jährige jedoch nachdenklich. „Wer schützt eigentlich ihre Menschenwürde? Mal ganz abgesehen davon, dass das so-

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 2/2012:
Donnerstag, 5. Januar 2012



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



CASTOR-EINSATZ

genannte Feldgewahrsam nach mühevollen acht Stunden ‚Trage-Arbeit‘ kurze Zeit später wieder aufgelöst wurde. Und das, obwohl der Castor-Transport zu dieser Zeit noch nicht durch war“, konstatiert der Hauptkommissar. Und auch von der außergewöhnlichen Gewalttätigkeit gegen die Einsatzkräfte zeigt sich Jürgen Herdes betroffen. „Wir wurden mit Baumstämmen, Gehwegplatten, Steinen aus Zwillen, Flaschen, Brandsätzen und Feuerwerkskörpern beworfen und zu guter Letzt auch noch mit weißem Acryllack übergossen!“, so die erschreckende Bilanz des Schutzpolizisten. Aber Jürgen Herdes weiß auch Positives zu berichten. Der diesjährige Einsatz sei von hervorragenden Rahmenbedingungen geprägt gewesen.

Bei der Versorgung und Entsorgung gab es nichts zu meckern. Fast alle Kritikpunkte des letzten Jahres hätten ausgeräumt werden können. „Ein großes Lob an den Einsatzabschnitt Versorgung“, hebt Jürgen Herdes hervor.

Im neuen Jahr solle ja kein Castor laufen. „Da bin ich gespannt“, so Jürgen Herdes zweifelnd. Die Eindrücke ihres ersten Castor-Einsatzes schildern Nina Urban und Rafael Hopp.

Als Einsatzkraft von Utina 2 blickte die Elmshorner Polizistin der beruflichen Herausforderung schon mit gemischten Gefühlen entgegen. „Die Schauergeschichten der Kollegen, die bereits das letzte Jahr eingesetzt waren, ließen Schlimmes erahnen. Von 30 Stunden im Wald, ohne jegliche Möglichkeit der Ver- oder Entsorgung, war da unter anderem die Rede“, berichtet Nina Urban.

Ausgabe von „Whiz Freedom“ erschreckte

Die Ausgabe des legendären „Whiz Freedom“ habe sie dann vollends erschreckt. Und die spärliche Kasernenunterkunft in Bad Bodenteich mit 4-Bett-Belegung pro Zimmer und Wasch- sowie Duschcontainern vor der Tür hätten nur für minimale Erholung zwischen den Einsatzzeiten gesorgt. „Da wir uns aber sowieso die wenigste Zeit in der Unterkunft aufhielten, waren diese Umstände für mich auch schnell in den Hintergrund gerückt“, erklärt die Polizeimeisterin weiter. Unheimlich habe sie den Moment empfunden, als sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen zum Streckenschutz an der Bahnstrecke eingesetzt worden sei und der Transport gefühlt in Schrittgeschwindigkeit an den Einsatzkräften vorbeierollte.

Feindseligkeiten waren erschütternd



Nina Urban

„Erschütternd dagegen empfand ich die Feindseligkeit, mit der die Castor-Gegner teilweise vorgehen“, so die Eindrücke Urbans. Leider auch mit dem Ergebnis, dass diverse Kollegen den Einsatz nicht unverletzt beenden konnten.

Die Einsatzverpflegung dagegen sei erstklassig gewesen, alle Köche und Verpfleger hätten sich größte Mühe gegeben, den eingesetzten Beamtinnen und Beamten den heiklen Einsatz so angenehm wie möglich zu gestalten.

„Trotz der Umstände, den endlos erscheinenden Dienstzeiten sowie der damit einhergehenden Müdigkeit, habe die Motivation, vor allem aber die Kollegialität, nicht gelitten“ so die Eindrücke der 22-Jährigen. „Trotzdem war die Freude auf das eigene Bett und die eigene Toilette nach sechs langen Diensttagen riesig“, so Nina Urban nach ihrem ersten Castor-Einsatz. Und auch für Rafael Hopp bleiben die Tage im Wendland unvergesslich.

„Ich hatte nur durch Erzählungen der letzten Jahre ein grobes Bild davon, was auf mich zukommen könnte. Ich war sehr gespannt“, berichtet der 23-Jährige. Und die heikelste Situation erlebte Hopp im Vorfeld des eigentlichen Transportes. „Wir gerieten vor einer Kontrolle beim Camp Metzgingen nach Steinwurf in eine Auseinandersetzung mit linksautonomen Castor-Gegnern.“

„Dieses Aufeinandertreffen sollte im Nachhinein mein intensivster Eindruck vom ‚Castor 2011‘ sei, denn wir wurden während dieses Einsatzes mit Steinen, diverser Pyrotechnik, Flaschen und menschenkopfgroßen Holzklötzen beworfen sowie mit Laserpointern geblendet“, so die Erinnerung des jungen Polizisten. Auch er sei von einem solchen Holzklötz an der Schulter getroffen worden. „Reines Glück, dass außer anfänglichen Schmerzen und einem großen Schreck nichts geblieben ist“, weiß Hopp. 22 Kolleginnen und Kollegen hätten dieses Glück nicht gehabt und

seien verletzt worden. Dennoch: Obgleich er bisher noch keinen vergleichbaren Einsatz erlebt habe, sei er mit der Einsatzsituation körperlich wie mental „gut“ klargekommen, berichtet Rafael Hopp. Eine extra Nachbereitung am darauffolgenden Tage durch eine eingerichtete Sprechstunde zeigte jedoch, welche mentale Belastung dieser Einsatz besonders für einige junge Kolleginnen und Kollegen mit sich bringe. Erwartungsgemäß hätten die Schienen in den Tagen bis zum Castor-Transport nicht blockadefrei gehalten werden können. Folglich habe einen Tag vor dem Transport beinahe jegliche Sper-



Rafael Hopp

rung auf den Schienen aufgegeben werden müssen. „Wenn die Demonstranten auch zu Hunderten auf die Schienen strömten, so blieb dieser Teil der Demonstration weitestgehend friedlich.“

Fast 24 Stunden im Einsatz

Jedoch habe in dieser Zeit mit einem fast 24-stündigen Dauereinsatz die längste Dienstzeit am Stück geleistet werden müssen. „Aber die gute Organisation der Ver- und Entsorgung machten diese Einsatzphase in meinen Augen jedoch sehr erträglich, was sich sicher auch auf den gesamten Einsatz übertragen lässt“, resümiert der Polizeimeister. Im Vergleich zu anderen Einsätzen habe sich dieser Großeinsatz trotz ausreichender Ruhephasen durch eine hohe körperliche Belastung hervorgehoben, die mit der Länge des Einsatzes einhergehe. Die Tage werden mir sicherlich noch einige Jahre in guter Erinnerung bleiben. Rafael Hopp räumt aber auch einen Gewissenskonflikt ein: „Als Gegner von Atomkraft habe ich mich natürlich in einem geistigen Zwiespalt befunden, weil ich die Sorgen der Demonstranten nachvollziehen kann. Aber das ist etwas, mit dem man als Polizist zu leben und zu arbeiten lernen muss. Das gehört zum Beruf dazu!“



Wir gratulieren

zum Justizamtman

Dr. Reinhard Spieß, RG Justizvollzug

zur Justizoberinspektorin

Jutta Narajek, RG Justizvollzug

zum Justizamtsinspektor mit Zulage

Torsten Haase, Stefan Lange, Jens-Uwe Lindenlaub, Jörg Westphal, RG Justizvollzug

zum/zur Justizamtsinspektor/in

Armin Bienek, Thomas Esrom, Marc Geisbauer, Andrea Kolberg, Torsten Streusel, RG Justizvollzug

zum/zur Justizhauptsekretär/in

Andreas Bahr, Marco Baumann, Michael Christiansen, Torben Dahmke, Stefan Dettmann, Kay Jabs, Nico Jungen, Hubert Kajtarek, Sandra Koos, Martin Kuhlmann, Sonja Saggau, Enrico Schäfer, Detlef Storck, Martin Struve, RG Justizvollzug

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Martin Garschke, RG Schleswig-Flensburg

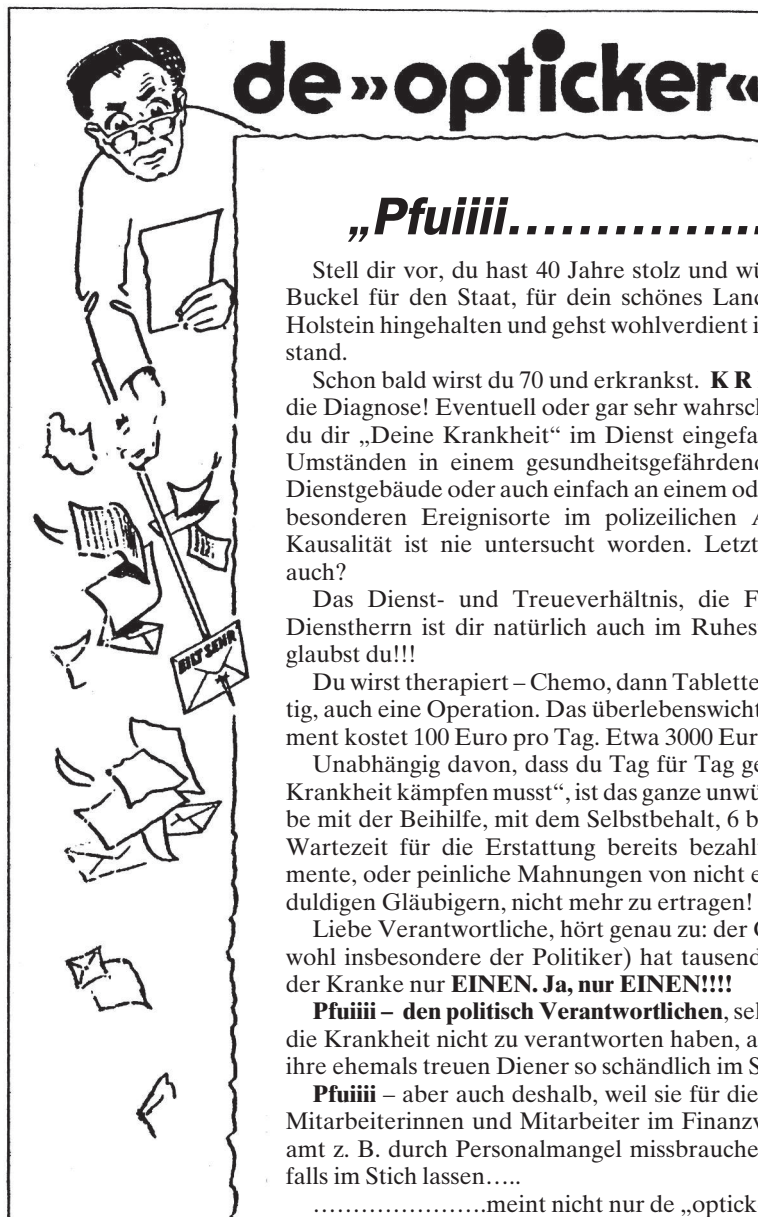
zur Vermählung

Christina von Eye geb. Koch und Ehemann, RG Lauenburg-Stormarn; Jörg Decker geb. Duzynski und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg; Dirk Bonczek und Ehefrau, Michael Findersen und Ehefrau, RG Steinburg-Dithmarschen

In den Ruhestand traten

Volker Prahl, Ralf Saettel, RG Lübeck-Ostholstein; Peter-Heinrich Jannsen, Hans-Peter Johannsen, Jürgen Rathje, RG Nordfriesland; Manfred Batram, Hannelore Raub, RG Schleswig-Holstein Mitte; Rolf-Peter Thimm, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



„Pfuiiii.....!!!“

Stell dir vor, du hast 40 Jahre stolz und würdig deinen Buckel für den Staat, für dein schönes Land Schleswig-Holstein hingehalten und gehst wohlverdient in den Ruhestand.

Schon bald wirst du 70 und erkrankst. **KREBS** lautet die Diagnose! Eventuell oder gar sehr wahrscheinlich hast du dir „Deine Krankheit“ im Dienst eingefangen. Unter Umständen in einem gesundheitsgefährdend belasteten Dienstgebäude oder auch einfach an einem oder vielen der besonderen Ereignisorte im polizeilichen Alltag. Eine Kausalität ist nie untersucht worden. Letztlich: warum auch?

Das Dienst- und Treueverhältnis, die Fürsorge des Dienstherrn ist dir natürlich auch im Ruhestand gewiss, glaubst du!!!

Du wirst therapiert – Chemo, dann Tabletten. Wenn nötig, auch eine Operation. Das überlebenswichtige Medikament kostet 100 Euro pro Tag. Etwa 3000 Euro im Monat.

Unabhängig davon, dass du Tag für Tag gegen „Deine Krankheit kämpfen musst“, ist das ganze unwürdige Gebilde mit der Beihilfe, mit dem Selbstbehalt, 6 bis 8 Wochen Wartezeit für die Erstattung bereits bezahlter Medikamente, oder peinliche Mahnungen von nicht einmal ungedulden Gläubigern, nicht mehr zu ertragen!

Liebe Verantwortliche, hört genau zu: der Gesunde (ja, wohl insbesondere der Politiker) hat tausend Wünsche – der Kranke nur **EINEN. Ja, nur EINEN!!!!**

Pfuiiii – den politisch Verantwortlichen, selbst wenn sie die Krankheit nicht zu verantworten haben, allein weil sie ihre ehemals treuen Diener so schändlich im Stich lassen.

Pfuiiii – aber auch deshalb, weil sie für die Misere ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzverwaltungsamt z. B. durch Personalmangel missbrauchen und ebenfalls im Stich lassen.....

.....meint nicht nur de „opticker“

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

Rolf Klosa, 69 Jahre

Regionalgruppe AFB

Anneliese Jacobsen, 87 Jahre

Erich Lafrenz, 91 Jahre

Bruno Roehr, 88 Jahre

Kurt Wendt, 89 Jahre

Regionalgruppe Kiel-Plön

Heinz Mandelkau, 93 Jahre

Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn

Heinz Fieron, 76 Jahre

Horst Rohland, 82 Jahre

Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein

Reinhard Blum, 61 Jahre

Fritz Stumm, 91 Jahre

Regionalgruppe Schleswig-Flensburg

Bernd Meller, 86 Jahre

Lothar Pokatis, 85 Jahre

Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte

Herbert Müller, 74 Jahre

Karl-Heinz Völker, 72 Jahre

Regionalgruppe Segeberg-Pinneberg

Ernst-Günther Witthinrich, 56 Jahre

Friedrich Wulf, 70 Jahre

Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen



INTERVIEW

Fühlte mich leer, fast betäubt

Kiel/tgr – Jeder Polizist, der einmal als Zeuge vor Gericht gestanden hat und aussagen musste, weiß, wie anspannend und psychisch belastend dies häufig ist. Wie es indes einem „Freund und Helfer“ ergeht, der sich als Folge seines polizeilichen Einschreitens anschließend wegen einer vermeintlichen Körperverletzung im Amt vor Gericht rechtfertigen muss und erstinstanzlich sogar verurteilt wird, mag man sich nicht vorstellen. Genauso ist es aber dem Uetersener Polizisten Ralf Pantel ergangen.

Die Vorgeschichte zur Erinnerung: Wegen des Einsatzes von Pfefferspray war der 44-Jährige im Juni vergangenen Jahres vor dem Amtsgericht Elmshorn wegen Körperverletzung im Amt zu einer Geldstrafe in Höhe von 6300 Euro verurteilt worden. Die Entscheidung der Amtsrichterin hatte für großes Aufsehen und zu erheblichen Diskussionen in der Öffentlichkeit, in den Reihen der Polizei aber zu großer rechtlicher Verunsicherung geführt (das DP-Landesjournal berichtete). Erst in der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Itzehoe fünf Monate später kam es zur Erleichterung Ralf Pantels und vieler Unterstützer des Hauptmeisters zum erlösenden Freispruch. DP-Landesredakteur Thomas Gründemann sprach mit Ralf Pantel, der einen beeindruckenden Einblick in sein Gefühlsleben in der schwersten Phase seiner 26-jährigen Dienstzeit gab.

In welcher Form hat das gesamte (Straf-)Verfahren im Zusammenhang mit dem Pfeffersprayeinsatz auf dich gewirkt und deinen beruflichen wie privaten Alltag beeinflusst beziehungsweise belastet?

Das Urteil hat mich zunächst im privaten sowie im dienstlichen Bereich beeinflusst. Im dienstlichen Bereich insofern, dass ich bei ähnlich gelagerten Einsätzen gehemmt wurde, Entscheidungen direkt und ohne langes Überlegen zu treffen. Im privaten Bereich führte es dazu, dass ich mich aus Unternehmungen herausnahm und keine Freude mehr an meinen Hobbys oder anderen sonst positiven Tätigkeiten empfand.

Dies führte dazu, dass ich mich zu meinem Hausarzt begab und dieser mich bis auf weiteres krankschrieb. Letztendlich wurde ich durch den Polizeiarzt in eine psychosomatische Klinik überwiesen, in



Ralf Pantel

der ich dann langsam zu mir und in ein normales Leben zurück fand.

Wie ging es dir nach dem erstinstanzlichen Urteil? Welche Unterstützung hast du in dieser Phase erfahren?

Nach der Verurteilung im ersten Verfahren fühlte ich mich leer, fast betäubt. Ich fragte mich, warum ich verurteilt wurde bzw. was ich falsch gemacht habe, dass es zu dieser Verurteilung kam. Die Unterstützung kam zunächst aus der Kollegenschaft, dem Stationsleiter Frank Lassen, auch von der Führung des PR Wedel wurde ich nicht im Stich gelassen. Später erhielt ich dann ja noch die Rückenstärkung des Innenministers Klaus Schlie und die der Landesregierung mit der Übernahme der Verfahrenskosten. Auch das Ineinandergreifen der Zahnräder von der GdP-Rechtsanwältin Uta Scheel über die Stationsleitung Frank Lassen sowie Jörn Schade und Thorsten Ziehm aus der PD AFB führte zu einer beruhigenden Ausarbeitung für das anstehende Berufungsverfahren.

Von wem hast du in der Zeit von der Einleitung des Strafverfahrens bis zum „erlösenden“ Urteil des Oberlandesgerichts besonders Beistand beziehungsweise Rückenstärkung erhalten?

Diese erhielt ich, wie schon erwähnt, von der Stationsleitung und der Rechtsanwältin sowie von Seiten der GdP in der Person von Karl-Hermann Rehr, der mich ebenfalls bei wichtigen Fragen unter-

stützt und begleitet hat. Und nicht zu vergessen mein Dienstgruppenleiter Sascha Schmidt, der ebenfalls immer auf dem neuesten Stand war, wenn es um die bevorstehende Gerichtsverhandlung ging. Er sorgte ebenfalls dafür, dass wichtige Neuigkeiten an mich weitergegeben wurden. Auch die Unterstützung seitens des Polizeiarztes Dr. Wagner aus Neumünster hat mir geholfen, die schwierige Zeit zu überstehen. Allen bin ich im Nachhinein sehr dankbar. Diese Unterstützung war trotz der unglücklichen Situation hilfreich und wertvoll für mich.

Wie geht es dir heute?

Ich bin wieder voll hergestellt, wenn man das so umschreiben kann. Allerdings habe ich festgestellt, dass der Schichtdienst für mich eine Belastung darstellt, wobei das Gerichtsurteil lediglich der Auslöser für diese Erkenntnis war. Der Aufenthalt in der Klinik hat einige weitere Probleme im dienstlichen sowie privaten Bereich meines Lebens aufgedeckt, so dass ich dieser ganzen „Pfefferspray-Geschichte“ sogar noch etwas Positives abverlangen konnte. Daher werde ich mich dienstlich umorientieren, da der geregelte Tagesablauf mir gesundheitlich gut tut.

REGIONALGRUPPEN-TERMINE

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte

Traditioneller Skat-, Kniffel- und Doppelpkopfabend am **Freitag, 27. Januar 2012, 19.00 Uhr**, in der Kantine der PD Neumünster, Alemannenstr. 14–18 in Neumünster.

Das Startgeld beträgt 6,00 €. Wie immer winken tolle Fleischpreise.

Gäste sind ausdrücklich herzlich willkommen. Anmeldungen bitte bei:

Carsten Gross, Tel.: 0 43 21-9 45 20 04,
Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16,
Günther Dobbeck, Tel.: 0 43 21-9 45 12 02,
Eckhard Stachg, Tel.: 0 43 21-7 07 99 46.

Jungsenioren-Stammtisch am **Donnerstag, 2. Februar 2012, 17.00 Uhr**, im Sportheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Thema: „Gegenüberstellung Beamtenversorgung – Renten“.



Beschwerde wegen Selbstbehalt abgewiesen

Verwaltungsgericht Schleswig: Beihilfe gehört nicht zur Alimentation. Selbstbehalte dürfen 1% des jährlichen Grundgehalts nicht übersteigen

SCHLESWIG/KIEL – Wegen eklatant unterschiedlicher Selbstbehalte hatte die Gewerkschaft der Polizei Kläger und Widerspruchsführer beim Verwaltungsgericht in Schleswig mit Rechtsschutz unterstützt. Im so genannten Haushaltsstrukturgesetz, das zum 1. Januar des Jahres in Kraft getreten war, wurden die Selbstbehalte neu geordnet.

Die Höhe des Selbstbehaltes eines Versorgungsempfängers in der Stufe 4 betrug bis zum 31. Dezember 2010 140 € (70% des Betrages, der noch bei aktiven Beamten als Selbstbehalt einberechnet wurde.) Nach der jetzigen Regelung soll ein Versorgungsempfänger in der Stufe 4 einen Selbstbehalt von 240 € tragen. Das ist eine Steigerung von 71,5%. Aktive Beamte haben hier eine maximale Steigerung von 20%.

Das war der Kern einer Klage, die die GdP-Vertragsanwältin Uta Scheel dem Gericht vortrug. Sie erwähnte auch die Einschnitte, die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängern seit 1991 auferlegt wurden. Wörtlich hieß es in der Klage:

„Seit 1991 sind folgende Eingriffe in die Versorgung der Ruhestandsbeamten erfolgt:

- 1991 Versorgung aus dem letzten Amt erst nach dreijähriger Wahrnehmung – im mPVD regelmäßig nicht mehr zu erreichen.
- 1992 Umstellung der Ruhegehaltsskala von degressiver Staffelung auf Linearsystem.
- 1997 Weitere erhebliche Einschnitte bis zu 4,5% des Ruhegehalts.
- 1998 Versorgungsabschlagsregelung: bis zu 10,8% weniger Versorgung bei Krankheit.
- 1998 Wegfall der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage – Kantherreform (Übergangsvorschrift gPVD: Ablauf 2007, mPVD: Ablauf 2010).
- 1998 Einführung einer Versorgungsrücklage 0,2%.
- 2001 Absenkung des Versorgungsniveaus in acht Anpassungsschritten von 75 auf 71,75% (abgeschlossen).
- 2003 Absenkung der Versorgungsbezüge

- von Hinterbliebenen von 60 auf 55% bei Heirat nach 2002.
- 2005 Einführung des Selbstbehaltes nach ‚Art‘ der Kostendämpfungspauschale mit Verminderung für Versorgungsempfänger, Hinterbliebene usw.
- 2006 mit (scheinbaren) sozialen Abstufungen Streichung der Sonderzuwendung Weihnachtsgeld.
- Dazwischen regelmäßig Reduzierung des Leistungskatalogs im Beihilferecht.
- 2011 In Streit stehende Anhebung des Selbstbehalts – insbesondere für Versorgungsempfänger.“

Die Klage vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig blieb erfolglos

Das Gericht wies die Klage ab. Das System der Beihilfe gehöre nicht zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Der Ordnungsgeber hat hier in pauschalierender Weise innerhalb der durch die Ermächtigungsgrundlage gegebenen Grenzen die Höhe des Selbstbehaltes davon abhängig gemacht, welche Besoldungsgruppe zum Stichtag 1. Januar 2011 das Amt des Antragstellers zugeordnet ist, wobei die Höhe des Selbstbehaltes für Ruhestandsbeamte nicht mehr auf 70% reduziert wird, wie dies für bis zum 31. Dezember 2010 entstandene Aufwendungen geregelt war. Diese Vergünstigung für Versorgungsempfänger gegenüber den aktiven Beamten ist durch den neuen Selbstbehalt durch den Versorgungsgeber aufgehoben worden.

Vertreter der GdP, die als Prozessbeobachter anwesend waren, nahmen die Entscheidung des Einzelrichters mit Unverständnis und Enttäuschung auf.

Die GdP-Rechtsschutzkommission hatte sich in ihrer Novembersitzung darauf verständigt, die Erfolgsaussichten eines Antrages auf Zulassung der Berufung juristisch zu prüfen.

In ihrer Prüfung schreibt die Anwältin: „Der Selbstbehalt des Klägers beträgt mit 240,00 € mehr als 67% des zulässigen, an der 1%-Grenze bemessenen Betrages. Bei einem aktiven Beamten in der glei-

chen Selbstbehalts-Stufe wie der Kläger beträgt der Selbstbehalt mit 240,00 € in der Besoldungsgruppe A 12 in der Leistungsstufe 5 etwa 65% des zulässigen, an der 1%-Grenze bemessenen Betrages, in der Leistungsstufe 11 nur etwa 54%.

Die Differenz ist bei Ruhestandsbeamten also deutlich höher. Je höher die Besoldung des aktiven Beamten ausfällt, umso größer wird die Differenz zwischen dem zulässigen und dem tatsächlich zu tragenden Selbstbehalt. Denn der Selbstbehalt wird nicht prozentual an der 1%-Grenze bemessen, sondern in absoluten Werten angegeben. Es werden Stufen gebildet, um eine Anpassung unterschiedlicher Besoldungs- und Versorgungsbezüge zu erreichen, eine prozentuale Anpassung sieht die Verordnung nicht vor.

Das bedeutet, dass der Ruhestandsbeamte, der in der Regel deutlich länger in einem statusrechtlichen Amt tätig war als der noch aktive Beamte und um 30% ‚gekürzte‘ Versorgungsbezüge erhält, durch die Regelung des § 16 BhVO auch noch verpflichtet wird, relativ gesehen einen höheren Selbstbehalt zu tragen als der aktive Beamte mit höheren Bezügen.

Dies betrifft fast ausschließlich den Ruhestandsbeamten, der sich regelmäßig – von Ausnahmefällen abgesehen – in einem höheren Alter befindet als der noch aktive Beamte. Damit werden mit dieser Regelung die älteren Beamten, nämlich die Ruhestandsbeamten, deutlich benachteiligt. Ein sachlicher Grund hierfür ist nicht ersichtlich.

Diese Regelung ist im Rahmen des Benachteiligungsverbot des AGG als rechtswidrig anzusehen und zudem unter sozialen Gesichtspunkten nicht begründbar und somit von der Ermächtigungsgrundlage nicht gedeckt.“

Auf dieser Grundlage hat die GdP-Rechtsschutzkommission entschieden, dass auch ein Antrag auf Zulassung der Berufung mit GdP-Rechtsschutz unterstützt wird.

rr



Inselromantik zu Zweit



Schloss-Hotel Ralswiek auf Rügen - Erholung und Wellness

Das bietet das First-Class-Hotel: Zentral auf Rügen, direkt am Großen Jasmunder Bodden, umsäumt von Steilufern und Wäldern. Hier erwartet den Gast ein stilvolles Ambiente in allen Räumen, nicht nur im Schlossrestaurant und in der Grafenschenke.

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ **135,-***

Die Kurzreise „Inselromantik zu zweit“ beinhaltet folgende Leistungen:

- 2 Nächte im Doppelzimmer
- 2 x Frühstücksbüfett
- 1 Begrüßungscocktail
- 1 x 3-Gang Abendmenü bei Kerzenschein
- 1 Wellnessynchronbehandlung im Privat-SPA (ca. 25 Minuten) mit Teilkörpermassage für den Herrn und Molkebad für die Dame
- 1 x Märchenschloss-Briefpapier
- 1 Rügen-Karte
- freie Nutzung des Wellness-Bereichs mit Schwimmbad
- freie Nutzung der Sauna
- freie Nutzung des Fitnessraums

Die Zimmer sind wie folgt ausgestattet:

- SAT-Farb-TV
- Telefon
- Radio
- Minibar
- Safe
- Föhn
- Bademäntel
- Bad oder Dusche mit WC

Termine und *Preise 2012

Bei Anreise im Zeitraum 03. Januar bis zum 04. April, 10. April bis zum 14. Juni sowie vom 15. September bis zum 30. Oktober 2012 pro Person bereits ab **135,- Euro**

Veranstalter: TUI Deutschland. Es gelten dessen Reisebedingungen. Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: TUI Deutschland



PERU Erlebnisreise

16-tägige PSW-Rundreise vom 22.09. bis zum 07.10.2012

In Lima und Arequipa erleben Sie das koloniale Peru. Genießen Sie die Landschaft auf eindrucksvollen Überlandfahrten durch das peruanische Hochland vor der imposanten Kulisse der Anden.

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ **2.540,-**

Reise-Höhepunkte:

Treffen mit lokalen Familien auf der Halbinsel Llachon und Zugfahrt im Panoramawagen nach Machu Picchu

Leistungen, die überzeugen:

- Linienflüge mit LAN ab Frankfurt nach / von Lima in der Economy-Class
- Inlandsflüge in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie Kerosinzuschläge lt. Stand 07/11
- Transfers, Ausflüge und Überlandfahrten in bequemen, landestypischen Reisebussen
- 13 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche / WC
- 13 x Frühstück, 4 x Mittagessen, 1 x Abendessen
- PSW-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Gebeco-Informationsmaterial mit Reiseführer

- Komplettes Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgeldern laut Reiseverlauf
- Besuch des Klosters Santa Catalina in Arequipa
- 2-tägiger Besuch in den Colca-Canyon
- Besuch einer Bauernfamilie nahe Juliaca
- Besuch der Grabtürme von Sillustani
- Treffen mit lokalen Familien auf der Halbinsel Llachon
- Besuch einer Weber-Familie im Urubamba-Tal
- Zugfahrt im Panoramawagen nach Machu Picchu
- Stadtrundfahrten in Cuzco und Lima
- Abschieds-Abendessen in Lima (14. Tag)

Erlebnisreise ab / bis Frankfurt	pro Pers. ab
Unterbringung im Doppelzimmer	2.540,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	+ 325,- Euro

Mindestteilnehmerzahl: 16 Vollzahler

Veranstalter: Gebeco GmbH & Co KG, Holzoppelweg 18, 24118 Kiel / **Hinweis:** Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Und was sonst noch so war

16. November

Der Landtag diskutiert das von Innenminister Schlie vorgestellte Personalstrukturkonzept, das durchgängig von allen Fraktionen die Zustimmung fand. Rund 4400 Beförderungen von 2006 bis 2012 in der Polizei sind darin verzeichnet. Schlie unterstrich, dass weiter auch höherwertige Stellen angehoben werden müssten. Er nannte die Zahl von 1150. SPD-Sprecher Dolgner: „Das Strukturkonzept ist auf die Arbeit der GdP zurückzuführen.“ Die Sprecher aller Fraktionen anerkannten das Bemühen des Innenministers um eine Weiterführung des 2005 begonnenen Konzeptes. Für die SPD-Fraktion betonte deren Sprecher Kai Dolgner, dass es sozialdemokratische Minister waren, die dieses Konzept aufgelegt hätten. CDU-Sprecher Werner Kalinka: „Dem Beförderungsstau“, so der Abgeordnete, „ist wirkungsvoll entgegengetreten worden.“ Er machte zudem deutlich, dass das Strukturkonzept trotz Schuldenbremse durchgesetzt werden konnte. Dies sei, so FDP-Sprecher Gerrit Koch, „allein schon der guten Arbeit der Polizei geschuldet“. Anke Spoo-rendonk (SSW) wies aber darauf hin, dass es einen Spagat von zu vielen Aufgaben und zu wenig Personal gebe. GRÜ-NEN-Sprecher Thorsten Fürter sekundierte: „Für die Aufgaben der Polizei steht zu wenig Personal zur Verfügung.“ Für die Gewerkschaft der Polizei stellt dieses Personalstrukturkonzept einen sichtbaren Erfolg ihrer Arbeit gegenüber Parlament und Regierung dar. Trotz vieler Streichungen und Kürzungen in allen Bereichen des Landes konnten diese 4400 Beförderungen seit 2006 durchgesetzt werden. Aber es stimmt auch, dass die Polizei an vielen Stellen dafür bezahlen musste: Sei es mit der Eigenbeteiligung bei der Beihilfe und Heilfürsorge, der Streichung der Jubiläumszuwendung, der Streichung der Ausgleichszulage, der Anhebung der Lebensarbeitszeit.... Oliver Malchow, GdP-Landesvorsitzender: „Die letztgenannten Dinge sind Ansporn für weitere erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit, wie wir sie leisten. Das Gleiche gilt für den Beförderungsstau, der eben doch nicht aufgelöst ist und vielfach für Perspektivlosigkeit sorgt.“

17. November

Heute werden die neuen Sätze in der Pflegeversicherung veröffentlicht. Vom 1. Januar diesen Jahres an gelten in der

Pflegeversicherung neue Sätze. Eine wesentliche Neuerung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes von 2008 war die gesetzlich festgelegte Dynamisierung aller Leistungen der Pflegeversicherung. Damit soll die Kaufkraft der Leistungen im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen langfristig erhalten bleiben. So wurden die einzelnen Sätze bereits zum 1. Januar 2010 angehoben und das Gleiche erfolgt nun zum 1. Januar 2012. Zur Erinnerung: Pflegegeld wird gezahlt, wenn der Pflegebedürftige seine Pflege selbst, zum Beispiel durch Angehörige, organisiert. Wählt er dagegen professionelle Hilfe, beispielsweise durch einen Pflegedienst, dann werden Sachleistungen gewährt, die der Pflegedienst direkt mit der zuständigen Pflegekasse abrechnet. Beide Leistungsarten können auch kombiniert werden, dass heißt, ein Teil der Pflege durch selbst beschaffte Pflegekräfte und ein Teil durch einen Pflegedienst. Dann werden Pflegegeld und Sachleistungen anteilmäßig gewährt.

18. November

Irritation und Verärgerung löst bei GdP-Mitgliedern im Kieler Raum eine Berichterstattung zum Rechtsextremismus des Berlin-Korrespondenten der Kieler Nachrichten aus. Er berichtete über Morde und Tötungen von Ausländern. In dem Artikel heißt es: Klammheimliche Freude reicht oft bis in die Reihen der Polizei, wenn es mal wieder einen Ausländer „erwischt“ hat. In unserem Brief an den Stellvertretenden Chefredakteur heißt es: „Wir können nicht nachvollziehen, auf welcher Basis der Autor zu solch einer Aussage kommt. Kein Polizeibeamter in Schleswig-Holstein und sicher auch nicht anderswo, kann bei einem Mord klammheimliche Freude empfinden. Polizeibeamte sind von ihrem Auftrag für die Einhaltung der Gesetze ange-treten und eingetreten. (Das schließt nicht aus, dass es in Einzelfällen auch

Verfehlungen gibt.) Aber: Ein solch pauschalierter Satz verfehlt das Berufsbild und verkennt die Polizei in einem freiheitlich demokratischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland.“

22. November

Unsere Mitglieder informieren wir darüber, dass ab 1. Januar 2012 die dritte Stufe des Tarifergebnisses vereinbarungsgemäß wirksam wird. 1,9% Tarifierhöhung für die Beschäftigten. Die Beamten und Versorgungsempfänger erhalten 1,7%, weil ihnen 0,2% für die Versorgungsrücklage abgezogen werden. Auf die Tabellenbesoldungen und Entgelte werden 17 € draufgeschlagen. Der Tarifvertrag gilt bis zum 31. Dezember 2012.

29. November

Heute ist die 8. Landesvorstandssitzung in Westerrönfeld. Neben vielen Ta-



Oliver Malchow (r.) und Karl-Hermann Rehr (l.) verabschiedeten Gerda Schümann. Ihren Platz auf der GdP-Geschäftsstelle wird künftig Claudia Rost einnehmen.

Foto: Gründemann

gesordnungspunkten wurden verschiedene Themen, von der Personalausstattung bis hin zur Jubiläumsverordnung, diskutiert. Daneben gibt es auch eine Personalie: Gerda Schümann, seit über zehn Jahren als „Chefsekretärin“ auf der Geschäftsstelle, tritt mit Ablauf des Jahres in den Ruhestand. Für den Landesvorstand würdigt Oliver Malchow ihre verlässliche und engagierte Arbeit. Neu ist Claudia Rost. Sie ist die Nachfolgerin von Frau Schümann. Sie sagte ein paar Sätze zu ihrer Vita. Malchow wünscht ihr für den neuen Job alles Gute.

